

INHALTSVERZEICHNIS

1. Teil: Einleitung	1
1. Abschnitt: Aufgaben in der staatsanwaltlichen Assessorklausur	1
2. Abschnitt: Erfassen der Aufgabe	2
A. Aktenvollständigkeit	2
B. Bearbeitervermerk	2
C. Lückenlose Aktenkenntnis	3
D. Feststellung des Beschuldigten	4
2. Teil: Das Gutachten	5
1. Abschnitt: Materiell-rechtliches Gutachten (A-Gutachten)	5
A. Bildung von Tatkomplexen	5
B. Reihenfolge der Prüfung der Tatbeteiligten	5
C. Vorauswahl der Strafgesetze	6
D. Reihenfolge der Deliktsprüfung	6
2. Abschnitt: Prüfung der im Einzelfall in Betracht kommenden Delikte	8
A. Prüfung der Verdachtsgrade	8
I. Hinreichender Tatverdacht	8
II. Anfangsverdacht	8
III. Dringender Tatverdacht	9
B. Einleitungssatz	10
C. Deliktsbezogene Verfolgungsvoraussetzungen und -hindernisse	11
I. Begriff	11
II. Prüfungsstandort	11
III. Wichtige Verfahrensvoraussetzungen in der staatsanwaltlichen Assessorklausur	12
1. Strafantrag oder besonderes öffentliches Interesse	12
a) Strafantrag	12
aa) Inhalt	12
bb) Antragsbedürftigkeit des jeweiligen Delikts	13
cc) Berechtigung	13
dd) Form	13
ee) Frist	14
ff) Sonstiges	14
b) Besonderes öffentliches Interesses	15
aa) „Besonderes“ öffentliches Verfolgungsinteresse und „öffentliches“ Interesse des § 376 StPO	15
bb) Vorliegen des besonderen öffentlichen Interesses	16
cc) Form	16
dd) Prüfungsstandort	16
2. Verjährung	17
a) Verjährungsfrist	18
b) Verjährungsbeginn	18
c) Verschiebung des Verjährungseintritts	19
IV. Sonstige weitere Verfahrenshindernisse	20
1. Tod des Beschuldigten	20
2. Strafunmündigkeit	21

3. Strafklageverbrauch und sonstige Fälle von Sperrwirkung für eine erneute Strafverfolgung	22
a) Sperrwirkungsfähige Entscheidungen	22
aa) Umfassende Sperrwirkung	22
bb) Sperrwirkung nur für die erneute Verfolgung der Tat als Vergehen oder Ordnungswidrigkeit	22
cc) Beschränkte Sperrwirkung, soweit keine neuen Tatsachen oder Beweismittel vorliegen	23
dd) Keine Sperrwirkung	23
b) Persönliche Reichweite der Sperrwirkung	24
c) Prozessuale Tatidentität	24
4. Weitere Verfahrenshindernisse	26
D. Prüfung und Darstellung der materiell-rechtlichen Merkmale	27
I. Allgemeine Regeln	27
1. Prozessvoraussetzungen und dreistufiger Deliktsaufbau	27
2. Struktur und Verständlichkeit	27
II. Hinweise zum Standort von Beweiswürdigungsfragen	28
1. Beweiswürdigung „am“ jeweiligen Tatbestandsmerkmal	28
2. Prüfung der Tätereigenschaft	29
III. Hinweise zu etwaigen Streitständen in der staatsanwaltlichen Assessorklausur	29
1. Die Sichtweise der höchstrichterlichen und obergerichtlichen Rspr. ist entscheidend	29
2. Der „Standardstreit“ Abgrenzung Raub und räuberische Erpressung in der staatsanwaltlichen Assessorklausur	30
E. Beweisführung und -verwertung in der staatsanwaltlichen Assessor-klausur	31
I. Allgemeine Hinweise	31
1. Prüfungsschwerpunkt in der staatsanwaltlichen Assessorklausur	31
2. Voraussetzung: Beweisbedürftige Tatsache	31
3. Beweismittel	32
a) Freibeweisverfahren	32
b) Strengbeweisverfahren	32
c) Strengbeweismittel	33
4. Haupt- und Indizienbeweis	33
5. Der Grundsatz der Unmittelbarkeit, § 250 StPO	34
II. Beweiswürdigung	37
1. Sprach- und Grammatikregeln	37
2. Würdigung des Prozessverhaltens von Beschuldigten und Zeugen	37
3. Einfache Beweiswürdigungen	39
a) Der Beschuldigte ist geständig und seine Einlassung steht im Einklang mit den vorhandenen Beweismitteln	39
b) Der Beschuldigte lässt sich nicht zur Sache ein oder bestreitet den Tatvorwurf und Beweismittel fehlen oder sind unergiebig	40
4. Fälle mit komplexeren Beweiswürdigungen	40
a) Zuverlässigkeit der Strengbeweismittel	41
b) Gegenstand der Beweiswürdigung bei Angaben von Beschuldigten und Zeugen	42
c) Gesamtbewertung	43
III. Beweisverwertung – Überblick	46
1. Reihenfolge: Beweisverwertung vor -würdigung	46
2. Grenzen der Beweisverwertung	46
a) Definition Beweisverbote	46

b) Abwägungslehre	47
c) Reichweite von Beweisverboten	48
d) Rechtskreistheorie	49
e) Widerspruchslösung des BGH	49
IV. Beweisverwertungsverbote – Einzelfälle	50
1. Anwendung verbotener Vernehmungsmethoden	50
2. Belehrungsfehler im Zusammenhang mit der Vernehmung des Beschuldigten bzw. dessen Festnahme	51
a) Nichtbelehrung über das Aussageverweigerungs- und Verteidigerkonsultationsrecht (§ 136 Abs. 1 S. 2 StPO)	52
b) Verteidigerkonsultationsrecht und vergleichbare Fallkonstellationen	54
c) Nichtbelehrung über das Recht zur Bestellung eines Pflicht- verteidigers unter weiteren Voraussetzungen	55
d) Nichtbelehrung über die Unverwertbarkeit von Angaben aus einer vorangegangenen rechtswidrigen Vernehmung	56
e) Nichtbelehrung des verhafteten Beschuldigten	58
f) Nichtbelehrung über das Recht auf „konsularischen Beistand“ nach einer Festnahme	59
g) Nichtbelehrung eines Jugendlichen über das elterliche Konsultationsrecht	59
3. Verletzung von Anwesenheitsrechten bei Beschuldigten- vernehmungen	60
a) Anwesenheit des Verteidigers bei Beschuldigten- vernehmungen	60
b) Kein Anwesenheitsrecht des Verteidigers bei Vernehmung eines Mitbeschuldigten	60
c) Anwesenheit der Eltern (Erziehungsberechtigten) bei Vernehmung von Jugendlichen	61
4. Verstoß gegen die Pflicht zur Bild-Ton-Aufzeichnung der Beschuldigtenvernehmung	61
5. Initiierung selbstbelastender Angaben außerhalb förmlicher Vernehmungen	61
6. Belehrungsfehler im Zusammenhang mit der Vernehmung von Zeugen	62
a) Nichtbelehrung über das Bestehen eines Zeugnis- verweigerungsrechts	63
b) Nichtbelehrung über das Bestehen eines Auskunfts- verweigerungsrechts	64
7. Verwertungsverbot aus § 252 StPO	65
a) Geschützter Personenkreis	65
b) Grundsatz: Verlesungs- und eingeschränktes Verwertungs- verbot	65
c) Ausnahmen	66
8. Spezielle Beweiserhebungs- und Verwertungsverbote gegenüber zeugnisverweigerungsberechtigten Berufsheimnisträgern	67
9. Verletzung von Anwesenheitsrechten bei Zeugenvernehmungen	68
10. Verwertungsverbote im Zusammenhang mit Zwangsmitteln	69
a) Körperliche Untersuchungen von Beschuldigten und Zeugen, §§ 81a, 81c StPO	69
b) Fehler bei der Durchführung einer Blutentnahme	70
c) Fehler bei sonstigen körperlichen Untersuchungen	70
d) Beschlagnahmen und Durchsuchungen, §§ 94 ff., 102 ff. StPO	70

e) Telekommunikationsüberwachung, §§ 100a ff. StPO, Abhören in und außerhalb der Wohnung, §§ 100c ff., 100f StPO	72
V. Die strafrechtlichen Zweifelsregeln	73
1. In dubio pro reo	73
2. Postpendenz	74
3. Tatsachenalternativität (unechte oder auch gleichartige Wahl- feststellung)	75
4. Echte (ungleichartige) Wahlfeststellung	76
F. Konkurrenzen, Ergebnis der materiellen Prüfung und für die Abschlussverfügung relevanten Rechtsfolgen der Tat.....	78
I. Konkurrenzen und Gesamtergebnis	78
II. Für die Abschlussverfügung relevante Rechtsfolgen der Tat	78
1. Entziehung der Fahrerlaubnis, § 69 StGB	78
2. Einziehung von Taterträgen, Tatprodukten, Tatmitteln und Tatobjekten	79
a) Einziehung von Taterträgen, Tatprodukten, Tatmitteln und Tatobjekten	80
b) Einziehung von Taterträgen bei Tätern und Teilnehmern gemäß §§ 73 ff. StGB	81
3. Abschnitt: Das verfahrensrechtliche Gutachten (B-Gutachten)	81
A. Für das B-Gutachten relevante Einstellungsfragen im Zusammenhang mit der (Teil-)Einstellung des Verfahrens.....	82
I. (Teil-)Einstellung nach § 154f StPO	82
II. (Teil-)Einstellung nach § 170 Abs. 2 S. 1 StPO	84
1. Selbstständige prozessuale Tat	84
a) Kein hinreichender Tatverdacht für einzelne Delikte derselben prozessualen Tat	84
b) Kein hinreichender Tatverdacht für eine von mehreren prozessualen Taten	85
2. Einstellungsbescheid und Rechtsbelehrung über das Klage- erzwingungsverfahren, §§ 171 f. StPO	86
a) Einstellungsbescheid	86
b) Rechtsbelehrung über das Klageerzwingungsverfahren	86
aa) Begriff des Verletzten	87
bb) Privatklagedelikte und Klageerzwingungsverfahren	87
3. Einstellungsnachricht	87
4. Belehrung nach dem Gesetz über die Entschädigung für Straf- verfolgungsmaßnahmen (StrEG)	87
5. Aufhebung noch nicht erledigter Zwangsmaßnahmen	88
III. Besonderheiten der (Teil-)Einstellung bei Privatklagedelikten	89
1. Privatklagedelikte	89
2. Prozessvoraussetzung, § 376 StPO	89
a) Begriff des öffentlichen Interesses	89
b) Officialverfahren bei Vorliegen des öffentlichen Interesses	89
c) Privatklageverfahren bei Nichtvorliegen des öffentlichen Interesses	89
d) Jugendliche und Heranwachsende	90
3. Privatklagedelikte und Officialdelikte in einer prozessualen Tat	91
a) Keine Verfahrensaufspaltung	91
b) Privatklagedelikte und Officialdelikte ohne Verletzteneigen- schaft in einer prozessualen Tat	91
4. Mehrere prozessuale Taten	92

B. Im B-Gutachten relevante Fragestellungen im Zusammenhang mit der Anklageerhebung	92
I. Bejahung des besonderen öffentlichen Verfolgungsinteresses bei fehlendem Strafantrag	92
II. Bestimmung des zuständigen Gerichts	93
1. Sachliche und funktionelle Zuständigkeit	93
a) Zuständigkeit der allgemeinen Strafgerichte erster Instanz	94
b) Zuständigkeit der Jugendgerichte erster Instanz	94
2. Örtliche Zuständigkeit	96
a) Verfahren gegen Erwachsene	96
b) Verfahren gegen Jugendliche	96
III. Beiordnung eines Pflichtverteidigers	96
IV. Untersuchungshaft bei noch nicht inhaftierten Beschuldigten	99
1. Antrag auf Erlass eines Haftbefehls gegen noch nicht inhaftierte Beschuldigte nach § 112 StPO (ohne Aussetzung des Vollzugs des Haftbefehls)	99
2. Antrag auf Aussetzung des Vollzugs des Haftbefehls	100
V. Bereits inhaftierter Beschuldigter	101
1. Antrag auf Haftfortdauer	101
2. Bestimmung der OLG-Haftprüfungsfrist	102
3. Erforderliche Benachrichtigungen	102
VI. Antrag auf vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis	104
VII. Antrag auf Einziehung von Taterträgen, Tatprodukten, Tatmitteln und Tatobjekten nach §§ 111b ff. StGB, die Herausgabe beweglicher Sachen gemäß § 111n StGB und das Absehen von der Einziehung nach § 421 StPO	104
VIII. Mitteilungspflichten	106
IX. Fristen	107
 3. Teil: Die Praxisentscheidung der Staatsanwaltschaft	108
 1. Abschnitt: Die Abschlussverfügung	108
A. Funktionen und Inhalt staatsanwaltschaftlicher Verfügungen	108
I. Formale Erfordernisse	108
II. Verfügungsinhalte	108
1. Vermerke	108
2. Entscheidungen	109
3. Benachrichtigungen und Mitteilungen	109
4. Anordnungen	109
5. Bescheide und Schreiben	109
B. Inhalt und Form	109
I. Einstellungsverfügung und -bescheid bei einer Einstellung nach § 154f StPO	109
II. Einstellungsverfügung und -bescheid bei einer Einstellung nach § 170 Abs. 2 S. 1 StPO	111
1. Einstellungsbescheid	111
2. Einstellungsverfügung und -bescheid in Norddeutschland	112
3. Einstellungsverfügung und -bescheid in Bayern und Baden-Württemberg	113
C. Verfügung bei Erhebung der öffentlichen Klage (Begleitverfügung)	114
I. Inhalt der Begleitverfügung	114
1. Einleitungsvermerk	114

2. Abschluss der Ermittlungen	115
3. Beschränkungen der Anklageschrift	115
4. Fertigung der Anklageschrift in Reinschrift	115
5. Entwurf und Überstück der Anklageschrift	115
6. Ablichtung des Bundeszentralregistrauszugs zu den Handakten	115
7. Mitteilungen nach der MiStra	115
8. „U.m.A.“	116
9. Zusätzliche Anträge	116
10. Wiedervorlagefrist	116
II. Muster einer Begleitverfügung	117
1. Typische Begleitverfügung der Anklageschrift	117
2. Begleitverfügung mit (Teil-)Einstellung	117
a) Begleitverfügung in Norddeutschland	117
b) Entschließung der Staatsanwaltschaft in Bayern	119
c) Entschließung der Staatsanwaltschaft in Baden-Württemberg	120
2. Abschnitt: Die Anklageschrift	120
A. Funktionen und verfahrensrechtliche Bedeutung	120
I. Umgrenzungsfunktion	120
II. Informationsfunktion	120
III. Verfahrensrechtliche Bedeutung	120
B. Form und Inhalt	121
I. Anklagesatz	121
1. Kopf der Anklageschrift	121
2. Adressat der Anklage	122
3. Überschrift mit der Bezeichnung „Anklageschrift“	122
4. „Rubrum“	122
a) Angaben zur Person	123
b) Angaben zur Haft oder Unterbringung	124
c) Benennung des Verteidigers	125
5. Eingangsformel „wird/werden angeklagt“	125
6. Bezeichnung der Tat	125
a) Tatzeit und Tatort	125
b) Deliktsübergreifende Angaben	127
aa) Reifegrad jedes Angeschuldigten	127
bb) Täterschaftsformen und wechselnde Tatbeteiligung	127
c) Sonderfälle Tatsachenalternativität, Postpendenz, Wahlfeststellung	128
d) Konkurrenzen	129
7. Gesetzliche Merkmale der Tat	131
a) Nur die zur Last gelegten Tatbestandsmerkmale	131
b) Die einschlägigen Bestimmungen des Allgemeinen Teils	132
aa) Versuch, § 22 StGB	132
bb) Anstiftung und Beihilfe, §§ 26, 27 StGB	133
cc) Versuch der Beteiligung, § 30 StGB	133
dd) Unterlassen, § 13 StGB	134
c) Die einschlägigen Bestimmungen des Besonderen Teils	134
aa) Qualifikationstatbestände	134
bb) Regelbeispiele	134
cc) Privilegierungen	135
dd) Vorsatz und Fahrlässigkeitsvarianten desselben Delikts	135
ee) Ungeschriebene Tatbestandsmerkmale und allgemeine Deliktsmerkmale	135

ff) Anschlussdelikte und Vollrausch	136
gg) Rechtsfolgennormen	136
(1) Gesetzliche Merkmale einer Strafzumessungsregel	137
(2) Merkmale weiterer Rechtsfolgen	137
(3) Fahrverbot, § 44 StGB	138
8. Die Konkretisierung	138
a) Diebstahl im Zustand der verminderten Schuldfähigkeit, §§ 242, 21 StGB	139
b) Vorsätzliche Trunkenheit im Verkehr, § 316 StGB, und Entziehung der Fahrerlaubnis, § 69 StGB	139
c) Mittäterschaft, § 25 Abs. 2 StGB, und mehrere gleichartige Straftaten	140
d) § 223 StGB und § 229 StGB	140
9. Angabe der verletzten Strafgesetze	141
10. Strafantrag und besonderes öffentliches Verfolgungsinteresse	142
II. Beweismittel	143
1. Angaben des Angeschuldigten, ggf. auch von Mitangeschuldigten	144
2. Zeugen	144
3. Sachverständige	145
4. Urkunden	145
5. Gegenstände richterlichen Augenscheins („Überführungsstücke“)	145
6. Beiakten	146
III. Wesentliches Ergebnis der Ermittlungen	147
1. Zur Person	147
2. Zur Sache	148
IV. Der Antrag	150
V. Unterschrift	151
C. Besonderheiten der Anklageschrift in den Ländern Bayern und Baden-Württemberg	153
4. Teil: Endkontrolle	159
5. Teil: Besondere Aufgabenstellungen	164
1. Abschnitt: Der Strafbefehl	164
A. Die Prüfung im verfahrensrechtlichen B-Gutachten	164
I. Zulässigkeitsvoraussetzungen	164
1. Anwendung des allgemeinen Strafrechts	164
2. Vergehen, die zur Zuständigkeit des Strafrichters gehören, § 25 GVG	164
3. Rechtsfolgen des § 407 Abs. 2 StPO	164
4. Nichterforderlichkeit der Hauptverhandlung	165
II. Bestimmung der Rechtsfolge und Kostenentscheidung	165
III. Ergänzende Prüfungspunkte im verfahrensrechtlichen Gutachten	165
B. Die Entschließung der Staatsanwaltschaft bei einem Antrag auf Erlass eines Strafbefehls nach § 407 StPO	165
I. Die Abschlussverfügung	165
II. Form und Inhalt des Strafbefehls	166
2. Abschnitt: Der Antrag auf Erlass eines Haftbefehls	169
A. A-Gutachten	169

Inhalt

I. Dringender Tatverdacht	169
II. Haftgründe	170
1. Flucht, § 112 Abs. 2 Ziff. 1 StPO	170
2. Fluchtgefahr, § 112 Abs. 2 Ziff. 2 StPO	170
3. Verdunkelungsgefahr, § 112 Abs. 2 Ziff. 3 StPO	171
4. Schwere Kriminalität, § 112 Abs. 3 StPO	171
5. Wiederholungsgefahr, § 112a StPO	172
III. Keine Unverhältnismäßigkeit, § 112 Abs. 1 S. 2 StPO	172
B. Gutachten.....	173
C. Form und Inhalt des Antrags auf Erlass eines Haftbefehls	173
3. Abschnitt: Der Antrag auf Erlass eines Durchsuchungsbeschlusses, §§ 102, 103, 105 StPO	176
A. Gutachten	176
I. Anfangsverdacht für das Vorliegen einer Straftat, § 152 Abs. 2 StPO	176
II. Auffindungsvermutung	177
III. Verhältnismäßigkeit	177
B. Gutachten.....	178
C. Inhalt und Form des Antrages auf Erlass eines Durchsuchungs- beschlusses	178
Stichwortverzeichnis	183